

Die Fotos der Grafftis in diesem Heft sind von Maud Meinel. Mehr dazu auf Seite 35.

Jörn Böhme

Isreal?

Eine Mehrheit der Befragten erklärt sich positiv zum Konzept einer Zwei-Staaten-Regelung und wäre auch bereit, dafür Siedlungen zu räumen. Der Begriff Friedensprozess wird vor allem außerhalb Israels benutzt. In Israel wird er mit Skepsis, Ignoranz und Ablehnung bedacht. Von den Friedensverhandlungen in Camp David kam der damalige Ministerpräsident Barak im Jahr 2000 mit dem Mantra zurück, er habe vergeblich jeden Stein auf dem Weg zu einem Frieden umgedreht. Die Palästinenser unter der Führung von Yassir Arafat würden nicht zum Frieden bereit seien. Die so genannte Al-Aksa-Intifada brachte eine Jahre andauernde Welle von Selbstmordanschlägen. Dies bestätigte für viele Israelis die Baraksche These, es gebe auf der palästinensischen Seite keinen Partner und keinen Willen zum Frieden.

Mit Machmoud Abbas wurde eine Person palästinensischer Präsident, der sich offen gegen die Militarisierung der Intifada ausgesprochen hatte. In Israel nahm der Druck auf Ministerpräsident Ariel Scharon zu, mit Abbas in ernsthafte Verhandlungen einzutreten. Scharon entschied sich jedoch für ein einseitiges Vorgehen. Zur Überraschung vieler Israelis kündigte er nicht nur den einseitigen Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen an. Er vollzog diesen auch im Sommer 2005. Dafür nahm er die Spaltung seiner Likud-Partei in Kauf. Der heutige Ministerpräsident Netanyahu, der gegen diesen Rückzug war, verblieb im Likud. Scharon und diejenigen, die den Rückzug unterstützten, gründeten die Partei Kadima.

Ob Ariel Scharon zu einem weiteren Rückzug auch aus der Westbank bereit gewesen wäre, wird man nicht mehr erfahren. Er fiel nach einem Schlaganfall im Januar 2006 in ein Koma, in dem er sich heute noch befindet. Sein Nachfolger Olmert trat mit einem Programm des weiteren Rückzuges an und gewann die Parlamentswahlen im März 2006. Doch die Konfliktlandschaft verschärfte sich 2006 und 2007 so, dass von einem weiteren israelischen Rückzug aus der Westbank niemand mehr sprach - im Gegenteil. Nach dem israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen ging der regelmäßige Beschuss des israelischen Südens mit Raketen weiter. Im Januar 2006 gewann die islamistische Hamas die Parlamentswahlen in den palästinensischen Gebieten. Der zweite Libanon-Krieg vom Sommer 2006 führte zu einem 33 Tage dauernden Beschuss des Nordens von Israel durch die islamistische Hizbollah vom Libanon aus. Im Juni 2007 übernahm Hamas in einem Putsch gegen die Fatah die Macht im Gazastreifen.

In diesen Entwicklungen wurzelt eines der zentralen Argumente des heutigen israelischen Diskurses: wir haben uns aus dem viele Jahre besetzten Südlibanon und aus dem Gazastreifen zurück-

Arabischer Frühling

Der 17. 12. 2010 wird als historischer Tag in die Kalender eingehen. An diesem Freitag setzte sich der 26-jährige Mohamed Bouazizi in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid in Brand. Er arbeitete als Gemüsehändler und ertrug die Drangsalierungen der Polizei nicht mehr. Er starb am 4. 1. 2011. Dieses Ereignis war der Auslöser für eine kaum noch überschaubare Kette von Entwicklungen in der Region Nordafrikas und des Nahen Ostens. Es ist eine Entwicklung, die andauert und die mit vielen Fragezeichen versehen ist, sowohl was den weiteren Verlauf in einzelnen Staaten wie auch, was die Verschiebung der Gewichte in der gesamten Region anbelangt.

Die Ursachen für die Proteste sind vielen Staaten ähnlich gelagert: demographisch sehr junge Gesellschaften, Arbeitslosigkeit bzw. fehlende berufliche Perspektiven, Repressionen und Willkür von autoritären politischen Regimen bei eingeschränkter bzw. fehlender Organisations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Korruption und Bereicherung der autoritären Herrscher sowie neue Medien zur Information und zur Kommunikation.

So ähnlich die Ursachen für die Demonstrationen und Aufstände, so unterschiedlich sind die Bedingungen in den einzelnen Staaten. In Tunesien brach das System Ben Ali schnell zusammen, nachdem das Militär klargemacht hatte, dass es zu seiner gewaltsamen Verteidigung nicht zur Verfügung stünde. Auch der ägyptische Präsident Mubarak trat im Rückblick gesehen relativ schnell ab. Auch hier spielte das Militär eine wichtige Rolle. Zudem waren die USA nicht bereit, ihn weiter im Amt zu halten. Für beide Staaten gilt, dass vorerst nur die bisherigen Herrscher vertrieben wurden und nun ein mühsamer, langer und auch von Rückschlägen gekennzeichneter Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit begonnen hat. Doch eine Erfahrung ist nun nicht mehr wegzudenken: die Menschen haben sich mit ungeheurem Mut und Beharrlichkeit und weitgehend gewaltfrei die Voraussetzungen für eine grundlegende Veränderung ihrer Gesellschaften erstritten. Und sie haben

sich etwas erkämpft, was ihnen in unterschiedlicher Weise genommen worden war: ihre Würde.

Die Situation in anderen Staaten der Region ist komplizierter als in Tunesien und Ägypten: mehr ethnische und religiöse Spannungen, starke Stammesstrukturen, weniger staatliche Strukturen. Zudem schlagen Militär und Sicherheitsdienste mit großer Brutalität zurück, wie in Libyen, Jemen,

Warum es Juden schwer fällt, den Freiheitskampf in den arabischen Staaten zu bejubeln

"Das Judentum ist die Religion der Freiheit. Der Gott der hebräischen Bibel stellt sich seinem auserwähltem Volk am Berg Sinai ausdrücklich als Retter der Sklaven vor. Er will nicht, dass Menschen sich vor selbst gemachten Göttern erniedrigen. Der Ewige will auch nicht, dass sie sich vor Pharaonen und anderen Königen in den Staub werfen. (...) Warum tun Juden sich dann jetzt so schwer, die Morgendämmerung der Freiheit im Orient zu begrüßen? Warum jubeln sie nicht lauthals mit, wenn – oh Wunder der Weltgeschichte – Ägypten selbst aus Ägypten auszieht?"

Hannes Stein sucht die Antwort auf die von ihm gestellte Frage in der Schutzbedürftigkeit des jüdischen Volkes – und oft war es die Obrigkeit, die diesen Schutz garantierte. "Der ägyptische Diktator garantierte einen 'kalten Frieden' und hielt, so hat es den Anschein, wenigstens die schlimmsten Antisemiten im Zaum". Nun ist das Volk aufgestanden. Aber – was denkt "das" Volk? Wir hören nur von wenigen, was sie denken, und "wir haben kaum eine Möglichkeit, in Erfahrung zu bringen, was die Mehrheit der Menschen denkt und fühlt".

(Jüdische Allgemeine Februar 2011)

Syrien und Bahrain. In Bahrain sind zudem mit Unterstützung des Golf-Kooperationsrates saudiarabische Soldaten einmarschiert. Doch trotz der Brutalität der sog. Sicherheitskräfte halten die Proteste und Demonstrationen an vielen Orten an.

Die Angst ist weg.

Es gab zahlreiche Anzeichen für die Zunahme innergesellschaftlicher Spannungen in den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens. Dennoch waren die meisten internationalen und auch nationalen Akteure über die konkrete Entwicklung und das Ausmaß der Proteste überrascht. Wo, wie und mit welchen Auswirkungen und Folgen das Fass zum Überlaufen kommen würde, konnte schließlich niemand ahnen.

Viele Staaten des Westens hatten allen Wertebekundungen zum Trotz enge Beziehungen zu den betroffenen Regimen; es wurde vielfach abgewartet und gezögert. Erst als klar wurde, wie grundlegend und unumkehrbar manche Entwicklungen sein würden, ließ man die alten Verbündeten fallen, unterstützte die neuen Kräfte oder versuchte gar, sich an die Spitze der Bewegung zum Regimewechsel zu setzen. Je nach der Gemengelage aus nationalen Diskursen und Interessenslagen gibt es natürlich unterschiedliche Reaktionen auf die Entwicklungen in den unterschiedlichen Staaten. Zudem zeigt das Beispiel Libyen, dass die Frage, wie in einem konkreten Fall reagiert werden soll, dazu angetan ist, grundlegenden Streit nicht nur innerhalb der EU, sondern auch innerhalb der NATO auszulösen. Die Bundesregierung hat sich durch ihre Enthaltung im UN-Sicherheitsrat, dem sie derzeit als nicht-ständiges Mitglied angehört, bei der Entscheidung zur Durchsetzung einer Flugverbotszone entgegen allen anderslautenden Beteuerungen politisch isoliert.

Die Europäische Union steht jetzt vor der Aufgabe, ihre Nachbarschaftspolitik gegenüber den Anrainer-Staaten des Mittelmeers neu zu gestalten und zu praktizieren. Die bisherige Politik, die zur Abwehr von potentiellen Flüchtlingen und zur Bekämpfung islamistischer Kräfte mit den herrschenden Regimen kooperierte und die inneren Zustände in diesen Staaten billigend in Kauf nahm, ist gescheitert. Stattdessen gibt es dort grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, die von innen kommen, die weder von politischen Parteien, noch von religiösen Bewegungen, noch von charismatischen Führungspersönlichkeiten getragen werden. Es sind Veränderungsprozesse, in

denen Frauen vielfach eine wichtige Rolle spielen und die einen beeindruckenden Mut vieler Akteure zeigen. Inzwischen finden sogar in Staaten wie Syrien Demonstrationen in größerem Ausmaß statt, was noch nach dem Sturz der Diktatoren in Tunesien und Ägypten für viele Beobachter als ausgesprochen unwahrscheinlich galt. Die Angst ist weg.

Mit diesen Entwicklungen geraten zwei Mythen ins Wanken: arabische Gesellschaften seien nicht reif für Demokratie und zweitens, islamistische Regime oder Chaos seien die einzigen Alternativen zur Diktatur. Doch eine Garantie für den Weg zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gibt es nicht. Den Weg zur Demokratie vor allem in der Unterstützung von parteipolitischem Pluralismus und fairen und freien Wahlen zu sehen, greift viel zu kurz. Entscheidend wird ebenso sein, ob es in der weiteren Entwicklung gelingt, dass die Sicherheitskräfte nicht mehr den Staat dominieren, sondern der Politik untergeordnet werden. Von zentraler Bedeutung wird auch ein wirtschafts- und sozialpolitischer Umbau der Gesellschaften sein, so dass die Menschen die bislang vielfach fehlenden sozialen und beruflichen Perspektiven bekommen. Das wird nicht zum Nulltarif zu haben sein. Das werden wir uns etwas kosten lassen müssen. Es ist durchaus nicht so, dass es keine schlechteren Alternativen gibt. Wenn die EU hier nicht aktiv wird, stehen andere Akteure bereit, wie z. B. Saudi-Arabien. In deren Interesse liegt es aber nicht, die begonnenen Veränderungsprozesse in Richtung auf mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern, sondern sie vielmehr so weit wie möglich wieder zurückzudrehen.

Der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jalloun hat sicher Recht, wenn er schreibt: "Diese Revolutionen werden zumindest einen Vorteil haben: Nichts wird mehr so sein wie vorher, weder in den Ländern selber, noch außerhalb."¹ Doch wie die Entwicklungen weitergehen werden, das beeinflussen die Menschen und die verschiedenen Akteure in den arabischen Staaten, aber auch die Menschen und Akteure außerhalb. Die Menschen in den arabischen Staaten, die die Veränderungen vorantreiben, geben uns die Möglichkeit, diese neue Verantwortung an- und wahrzunehmen.

¹ Tahar Ben Jalloun: Arabischer Frühling, Vom Wiedererlangen der arabischen Würde, Berlin Verlag 2011.

Focus Das verheißene Land

gezogen mit dem Ergebnis: wir werden beschossen. Ziehen wir uns weiter aus der Westbank zurück, droht uns dies potentiell auch von dort – auch Jerusalem und der Flughafen lägen dann im Einzugsbereich der Raketen.

In Umfragen kommt das regelmäßig dergestalt zum Ausdruck, dass eine Mehrheit der Befragten sich positiv zum Konzept einer Zwei-Staaten-Regelung erklärt und wäre auch bereit wäre, dafür Siedlungen zu räumen. Gefragt, ob sie glauben, dass es auch auf palästinensischer Seite eine Mehrheit für eine Zwei-Staaten-Regelung gibt, antwortet aber ebenfalls eine Mehrheit: nein. So hat sich die Mehrheit derjenigen Israelis, die offen für einen Kompromiss sind, in der Haltung eingerichtet, an ihnen liege es ja nicht, wohl aber daran, dass die palästinensische Seite nicht wolle oder nicht könne. Zusammen mit einer wirtschaftlichen Entwicklung, die zwar zu riesigen sozialen Ungleichheiten geführt hat, die aber vielen Israelis einen relativ angenehmen Lebensstandard ermöglicht, kam es zu einer zunehmenden Entpolitisierung. Die Zeiten, da Israelis jede Stunde Nachrichten hörten oder der Spruch galt, dass drei Israelis mindestens fünf politische Meinungen haben, sind längst vorbei. Der erfreuliche Rückgang der palästinensischen Anschläge führte, zusammen mit dem Umstand, dass Israel relativ glimpflich durch die Weltwirtschaftskrise gekommen ist, dazu, dass die meisten Menschen der Erlangung des Lebensunterhaltes und privaten Dingen Priorität einräumen. Und wenn der fortdauernde israelisch-palästinensische Konflikt doch einmal zu sehr in das eigene Leben eindringt, wie durch fortgesetzten oder zunehmenden Beschuss Israels mit Raketen aus dem Gazastreifen, dann befürwortet die überwiegende Mehrheit der Israelis eine Intervention wie zum Jahreswechsel 2008/2009.

Die rechteste Regierung in der Geschichte Israels

Infolge dieser Erfahrung wurde nach den Parlamentswahlen vom Februar 2009 die größte, teuerste und politisch rechteste Regierung in der Geschichte Israels gebildet. Zwar bekannte sich inzwischen auch Ministerpräsident Netanyahu zum Konzept der Zwei-Staaten-Regelung und verfügte einen 10-monatigen Siedlungsstopp. Doch unter dem Strich sind israelisch-palästinensische Verhandlungen blockiert, während die israelische

Siedlungstätigkeit in der Westbank ebenso fortdauert wie die palästinensische Spaltung in Westbank (Fatah) und Gazastreifen (Hamas).

In Israel ist diese Entwicklung begleitet von in dieser Intensität vorher nicht gekannten Angriffen gegen Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen, die israelische Regierungspolitik kritisieren. Ihnen wird vorgeworfen, mit ihren Positionen international diejenigen Kräfte zu befördern, die den Staat Israel delegitimieren. Doch die rechtsnationalistischen Kräfte in Israel, die sowohl außerparlamentarisch wie auch in Form zahlreicher Gesetzentwürfe agieren, werfen jede Kritik an israelischer Politik in den "Delegitimierungstopf". Bisher wehren sich die Angegriffenen mehr oder weniger erfolgreich gegen diese in ihren Augen Angriffe auf die Demokratie in Israel.

Schließlich stiegen die Spannungen in Israel zwischen der jüdischen Mehrheit und der arabisch-palästinensischen Minderheit, die etwa 20 % der Bevölkerung Israels ausmacht. Vor allem die Partei des derzeitigen Außenministers Lieberman hätte gerne von den palästinensischen Staatsbürgern Israels ein Bekenntnis zum Zionismus als Loyalitätserklärung gegenüber dem Staat und bringt entsprechende Gesetze ins Parlament ein.

Die revolutionären Veränderungen in der arabischen Welt haben bisher in Israel in erster Linie Ängste vor einem Erstarken islamistischer Kräfte ausgelöst. Allerdings gibt es Stimmen, die angesichts dieser Veränderungen fordern, die israelische Regierung solle endlich pro-aktiv umfassende Friedensangebote an die palästinensische Seite und an Syrien machen. Die Chancen, dass die momentane israelische Regierung dazu willens oder in der Lage wäre, sind allerdings nicht sehr hoch.



Jörn Böhme

Diplom-Pädagoge, Mitarbeit in der grünen Bundestagsfraktion in den Jahren 1990, 1995 bis 2005 und seit 2011, z.Zt. als Referent für Nahostpolitik und islamische Staaten.